

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 14. Ratssitzung vom 12. September 2018

349. 2017/377

Postulat der SP-, Grüne-, AL- und CVP-Fraktion vom 01.11.2017: Aktionsplan zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans* Personen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3434/2017): Dieses Postulat stellt einen grossen Schritt für die trans Bevölkerung der Stadt und eine Verbesserung der Menschenrechte dar. Mit der Annahme wird ein umfassender Aktionsplan zur Gleichstellung und Sicherung der Grundrechte von trans* Personen initiiert und bedeutet den Anfang des Endes der staatlichen Diskriminierung von trans* Personen. Mit einem Ja wird sich Gandhis Prophezeiung bewahrheiten; nachdem trans* Menschen lange ignoriert, ausgelacht und bekämpft wurden, kommt heute der Tag, an dem sie mit der Unterstützung ihrer Alliierten gewinnen. Die Ignoranz beginnt schon damit, dass viele damit überfordert sind, zu erklären, was trans* überhaupt bedeutet. Diese Ignoranz zeigt sich auch in der Verwendung der Sprache. Nach wie vor werden Begriffe verwendet, die von der trans* Community deutlich abgelehnt werden. Das scheint viele nicht zu bekümmern: Sie möchten nicht vorgeschrieben bekommen, wie sie ihre Opfer beschimpfen. Viele sind auch der Meinung, dass trans* Menschen eine Mikrominderheit unserer Gesellschaft darstellen. Internationale und nationale Studien belegen hingegen wiederholt, dass sich zwischen 0,5 und 2 Prozent der Bevölkerung nicht ausschliesslich mit dem zugeschriebenen Geschlecht identifizieren. Das heisst, dass es schweizweit etwa so viele trans* Menschen wie Bauern gibt – nur haben die trans* Menschen keine starke Lobby in Bundesbern. Scheitert der Versuch, trans* Personen zum Verschwinden zu bringen, folgt die Beschämungsstufe. Auf dem Boden der cis-heteronormativen Matrix gedeihen trans*-negative Witze und Diffamierungen. Diese finden sich auch in diesem Rat, etwa in der letztjährigen Hasstirade von Daniel Regli (SVP) oder einer schriftlichen Anfrage von SVP-Mitgliedern, in der trans* Kinder in die Nähe von Pädophilie gestellt werden. Manche stellen sich nur mit Ignoranz und Beschämung gegenüber den zirka 4000 trans* Personen dieser Stadt. An vielen Orten werden trans* Menschen verflucht und verwünscht. Aber das bringt sie nicht zum Schweigen, weshalb sie bekämpft werden. Es kommt auch vor, dass trans* Menschen von der eigenen Familie, den eigenen Freunden, den Lehrpersonen psychisch, körperlich und sogar sexuell misshandelt werden. Es kommt auch vor, dass trans* Personen ihre Stelle verlieren, nur weil sie sich die Freiheit nehmen, beispielsweise mit einem Rock anstelle von Hosen zur Arbeit zu erscheinen. Gemäss den Zahlen des Transgender Network Switzerland (TGNS) handelt es sich dabei um keine Seltenheit: Die Arbeitslosenquote bei trans* Frauen liegt bei zwanzig Prozent – sechs Mal höher als bei der Cis-Bevölkerung. Rechte Stimmen behaupten, das sei nicht so schlimm. Demgegenüber*

möchte ich die Zahl 325 nennen. Das ist die Anzahl trans* Personen, die im letzten Jahr aufgrund ihrer Geschlechtsidentität umgebracht wurden. Inwiefern das zukünftig für die Schweiz gilt, werden wir leider nicht erfahren, da sich die SVP und die FDP für die Unsichtbarmachung und die Weiterführung der Ignoranz in Bern einsetzen. Schlimmer sind die strukturellen Stigmatisierungen, die trans* Personen täglich über sich ergehen lassen müssen. Es kommt vor, dass innerhalb eines Spitals verweigert wird, eine trans* Person entsprechend des eigentlichen Geschlechts zu behandeln. Es kommt auch vor, dass trans* Frauen zu Waldarbeiten drangsaliert werden, weil der Sozialarbeiter der Meinung ist, dass solche körperliche Arbeit zur «sexuellen Entwirrung» dieser Person beitragen würde. Es kommt auch vor, dass Schulbehörden trans* Jugendlichen mit Schulausschluss drohen, wenn sie nicht die Toilette benützen, die zwar zum auf der Identitätskarte deklarierten Geschlecht, nicht aber zum eigenen Geschlecht dieser Jugendlichen passt. Diese Situationen sind nicht schlimmer, weil ich als Begleiter dieser Personen Zeuge der staatlichen Gewalt werde, sondern weil wir diese Missstände bisher mit unserer Untätigkeit demokratisch legitimierten. Die permanente Diskriminierung von trans* Personen führt zu einer bis zu zwanzigfachen Suizidrate. Aus dem gleichen Grund sind trans* Personen einem höheren Risiko von Substanz- und anderen Missbräuchen ausgesetzt. Das Postulat schlägt vor, dass sich die Stadt direkt mit Trans*-Organisationen austauscht. So können der Stadtrat und die Verwaltung aus erster Hand erfahren, an welchen Stellen die Schwierigkeiten im Kontakt mit Behörden bestehen. Das Ziel ist das Erstellen eines umfassenden städtischen Aktionsplans; einige Massnahmen werden die Verwaltung und der Stadtrat in eigener Kompetenz bereits beschliessen und umsetzen können, andere werden im Gemeinderat zum Thema. Die Gespräche sollen unter der Leitung der Fachstelle für Gleichstellung stattfinden. Unter vielem anderen kümmert sie sich seit dem Jahr 2013 um die Situation der trans* Personen in der Stadt und ist dementsprechend als Moderatorin dieser Gespräche qualifiziert. Das Postulat ist berechtigt, durchdacht und wird breit abgestützt. Trotzdem gibt es Gegnerinnen; sei es, weil sie diese alltäglichen Probleme eines Teils des Volks nicht als diskussionswürdig einschätzen oder weil sie aus liberalen Gründen das Wort «umfassend» ablehnen. Ein umfassender Aktionsplan erlaubt uns aber, auf die Einreichung von zahlreichen einzelnen Postulaten zu Themen wie trans* und Schule, trans* und Gesundheit oder trans* und Polizei etc. zu verzichten. Wir schlagen ein effizientes Instrument als Lösungsansatz für eine komplexe Problemstellung vor. Es handelt sich nicht um eine rechte oder linke Ideologie, sondern um Grundsatznormen des gemeinsamen Zusammenlebens. Heute sollen trans* Personen die Möglichkeit erhalten, sichtbar zu werden und dass die Verwaltung ihre Probleme ernst nimmt. Mit der Annahme des Postulats wird die Stadt geschlechtergerecht, wovon alle profitieren werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Im Jahr 2013 wurde der Auftrag der Fachstelle für Gleichstellung erweitert. Die Grundrechte von trans* Menschen wurden seither verbessert. Im Jahr 2014 zeichnete der Stadtrat die Rechtsberatung des TGNS mit dem Gleichstellungspreis aus und würdigte und erkannte damit ihre Arbeit an. Im März 2017 führte die Fachstelle für Gleichstellung zusammen mit der Offene Jugendarbeit Zürich (OJA) und der Beratungsplattform du-bist-du einen Aktionsmonat gegen Homo- und Transphobie in

Zürcher Jugendtreffs durch. In der Begleitgruppe des Projekts war auch das TGNS vertreten. Im April dieses Jahrs bekennte sich die Stadtverwaltung als erste Schweizer Verwaltung zu einem respektvollen Umgang mit trans Menschen. Sie tat dies auf der Plattform trans welcome, die vom TGNS betrieben wird. Unsere Fachstelle für Gleichstellung setzt sich seit vielen Jahren für vernetztes Arbeiten ein, auch mit dem Gleichstellungsplan, der seit dem Jahr 2008 besteht und die Gleichstellung aller Geschlechter beschreibt. Der Gleichstellungsplan der Stadt ist ein praxisnahes Instrument sowie eine koordinierte und nachhaltige Strategie zur Förderung und Verankerung der Gleichstellung in der Stadtverwaltung und der Stadt selber. Das Ziel ist, die tatsächliche Gleichstellung mit vereinten Kräften voranzutreiben. Der Gleichstellungsplan wird im Auftrag des Stadtrats von der Fachstelle für Gleichstellung geleitet und fachlich unterstützt. Alle Departemente sind involviert, auch die Zivilgesellschaft wird punktuell in den Plan eingebunden. Die Stadt Zürich verfolgt bereits heute über dieses strategische Instrument die Förderung der Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht und/oder ihrer Geschlechtsidentität. Darum ist der Stadtrat gerne bereit, das Postulat zur Prüfung entgegen zu nehmen.*

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. November 2017 gestellten Ablehnungsantrag: Einen Aktionsplan zu erstellen, begrüssen wird. Das sollte jedoch per Bottom-up-Vorgehen stattfinden: Trans*-Organisationen, die über das entsprechende Fachwissen verfügen, nicht die städtische Fachstelle, sollen die möglichen Massnahmen vorschlagen. Dann können wir im Gemeinderat über die einzelnen Massnahmen befinden. Die Fachstelle setzt sich seit dem Jahr 2013 für trans* Menschen ein. Wir sind der Meinung, dass sie ihre Arbeit gut macht. Anstelle eines umfassenden Aktionsplans sollen die Probleme konkret eingebracht und gelöst werden. Es handelt sich schliesslich in erster Linie um eine Kulturfrage; in erster Linie sollen die Veränderungen in der Alltagskultur geschehen, weniger im staatlichen und gesetzlichen Bereich. Ein Beispiel dafür sind die Toiletten: So wurden beispielsweise bei meinem Arbeitgeber neben den Toiletten für «Mann» und «Frau» die Toiletten, die ehemals den Personen mit Beeinträchtigung vorbehalten wurden, explizit nun auch für trans* Personen zur Benutzung zur Verfügung gestellt. Diese Massnahmen sind zwar gut und recht, aber sie gesetzlich weitflächig einführen zu wollen, würde zu explodierenden Kosten führen und wäre beispielsweise in kleineren Gebäuden nicht möglich – aus Kostengründen können wir nicht alle Wünsche erfüllen. Die Massnahmen sollen unserer Meinung nach weiterhin von der Fachstelle für Gleichstellung oder von den entsprechenden Organisationen selbst, die bereits ein Jahr Zeit hatten, einen Aktionsplan zu erstellen, was sie aber versäumten, vorangetrieben werden, in dem sie darauf aufmerksam machen, wo Verbesserungen erforderlich sind.

Weitere Wortmeldungen:

Elisabeth Schoch (FDP): Wir unterstützen diesen Vorstoss nicht vollständig, was aber nicht bedeutet, dass wir etwas gegen diese Menschen haben. Wir respektieren, dass Transgender-Menschen ein schweres Los zu tragen haben. Die Herausforderungen dieser Menschen sind sehr gross und umfassend. Ob aber eine eigene Toilette eine Lösung darstellt, davon bin ich nicht überzeugt. Die Toleranz diesen Menschen gegen-

über ist nicht genügend: Das ist ihr grosses Problem, nicht, ob ein Formular neben «Herr» und «Frau» noch eine weitere Möglichkeit bietet. Wir sind der Meinung, dass möglichst auf die Bedürfnisse dieser Menschen Rücksicht genommen werden soll, aber auch, dass ein umfassender Aktionsplan nicht zusätzlich in Angriff genommen werden soll. Wie die Stadtpräsidentin Corine Mauch ausführte, wird bereits viel getan. Ein umfassender Aktionsplan wird zu hohen Kosten führen. Ausserdem sind notwendige Selbsthilfegruppen vorhanden, in denen viel Freiwilligenarbeit geleistet wird, was wir unterstützen. Sie tragen eine gewisse Verantwortung, darauf aufmerksam zu machen, wo diesen Menschen geholfen werden kann. Ein umfassender Aktionsplan kann die wichtigsten Probleme nicht lösen und es gibt bereits eine Fachstelle für Gleichstellung, die sich darum kümmert und entsprechende Massnahmen bereits traf. Diskriminierungen in der Verwaltung können bei der Ombudsstelle gemeldet werden. Wir erkennen die Herausforderungen dieser Personen an und respektieren diese. Wir sind aber überzeugt, dass diese Probleme nicht mit einem Aktionsplan mit grosser Relevanz gelöst werden können. «Umfassend» bedeutet in der Stadt immer auch teuer und ausufernd, deshalb enthält sich die FDP.

Ernst Danner (EVP): Wir schätzen diesen Vorstoss aus zwei Gründen als schwierig ein: Einerseits weil das Thema ideologisch stark aufgeladen ist und dazu dient, die «Guten» und «Bösen» zu unterscheiden und andererseits, weil wir unserer Grundhaltung entsprechend an die Dualität von Mann und Frau glauben. Diese fundamentale Binarität ist rein faktisch sehr dominierend und wird auch so gelebt. Darum finden wir es aus rechtlicher Sicht schwierig, dass es um die Grundrechte von trans* Personen geht. Denn letztlich geht es um die Grundrechte aller Menschen. Wir sind nicht der Meinung, dass weitere Geschlechter eingeführt werden müssen. Das wäre die Aufgabe Gottes oder höchstens die des Bundesparlaments, nicht aber die der Stadt Zürich. Die aufgezählten Probleme wie Ausgrenzung und Mobbing existieren. An diesen Stellen sollen Lösungen gefunden werden. Es geht nicht darum, ob im Pass ein «M» oder ein «T» oder etwas Anderes deklariert wird, sondern um einen vernünftigen und anständigen Umgang. Ein jahrzehntelanges Mitglied der EVP ist intersexuell: Der Umgang mit ihr oder ihm, mit Margrit oder Markus, hat uns, die einen respektvollen und netten Umgang pflegen, beigebracht, dass man zuerst prüfen muss. Wenn so etwas aber in einer Schulklasse geschieht, wenn ein Junge Mädchenkleider anzieht und die Mädchentoilette aufsuchen wird, ist der erste Verdacht, dass es sich um einen Spanner handelt, nicht um einen trans* Menschen. Darum muss zuerst ein korrekter Umgang geprüft werden. Wenn er wirklich dieser Überzeugung ist, dann darf er die Mädchentoilette benutzen. Dafür braucht es keine Gesetzesänderungen, sondern die Achtung des respektvollen Umgangs. Darum stellen wir einen Änderungsantrag: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit Trans*-Organisationen ein umfassender Aktionsplan für einen bedürfnisgerechten und respektvollen Umgang mit trans* Personen erarbeitet und umgesetzt werden kann». Mit dieser Textänderung werden wir dem Postulat zustimmen, sonst lehnen wir es ab.

Marcel Bührig (Grüne): Es geht darum, dass jeder Mensch die gleichen Rechte haben sollte. Es geht nicht darum, einer angeblichen Kleinstminorität mehr Rechte zu geben. Trans* Personen möchten die gleichen Rechte und das gleiche gesellschaftliche Leben

wie alle; sie möchten ohne Mobbing, ohne Angriffe und ohne Verurteilung Teil der Gesellschaft sein, was wir ihnen schulden. Trans* Personen sind Menschen wie du und ich, nur dass das Geschlecht, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde, vielleicht nicht dem Geschlecht ihrer Empfindung entspricht. Dabei handelt es sich nicht um eine Entscheidung, sondern um einen schmerzhaften Prozess. Der Textänderungsantrag ist nicht respektvoll gegenüber trans* Personen, weil er ihnen das Recht auf Gleichstellung und die Sicherung der Grundrechte verwehren will. Es geht nicht darum, Geschlechter zu definieren, sondern darum, die Lebensrealität dieser Menschen anzuerkennen und dafür zu sorgen, dass sie ein Leben führen können, ohne dabei durch die Gesellschaft oder den Arbeitgeber diskriminiert oder durch öffentliches Mobbing tangiert zu werden. Das Postulat ermöglicht einen umfassenden Aktionsplan für die Umsetzung der notwendigen Gleichstellung.

Marco Denoth (SP): Dass ein respektvoller Umgang wahrgenommen und die gleichen Rechte realisiert werden müssen, sind offensichtliche Gründe für Handlungsbedarf: Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität gleich behandelt werden. Darum sind wir überzeugt, dass das Postulat – ohne Textänderung – notwendig ist. Die Handlungen der Fachstelle für Gleichstellung wurden bereits von der Stadtpräsidentin erwähnt: Es geht heute um einen Aktionsplan, der bereits existiert, aber noch nicht weit genug geht. Es ist gut, dass sich viele Menschen per Bottom-Up-Verfahren zum Thema engagieren. Es stellt jedoch ein Problem dar, wenn schliesslich im Dezember bei der Budgetdebatte bei der Fachstelle für Gleichstellung Kürzungen verlangt werden. Mit dem Postulat erteilt das Parlament einen Auftrag, eine Aufgabe wahrzunehmen, wofür ein entsprechender Personalaufwand gefordert ist. Die heutige Situation ist verbesserungswürdig, auch wenn die Stadt bereits Bewundernswertes leistet: Sie heisst viele Menschen willkommen und gesteht ihnen das Lebensgefühl zu, das ihnen entspricht. Dass Handlungsbedarf besteht zeigt auch das von Roger Bartholdi (SVP) erwähnte Beispiel der Toiletten: Die Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht eindeutig ist, müssen die Toiletten für Personen mit Beeinträchtigung benutzen. Dieser Entscheidung der Firma ist eine Botschaft inhärent. Es braucht professionelle Menschen, sei es von Vereinen oder von der Fachstelle für Gleichstellung, die hierbei sensibilisieren. Die FDP argumentiert nur, dass die Umsetzung des Postulats etwas kostet und darum abzulehnen ist. Dabei gibt es viele FDP-Politikerinnen und Politiker, die sich bei diesen Themen engagieren. Der EVP möchte ich entgegen, dass Gott alle Menschen, auch trans* Menschen, gemacht hat; es ist die Menschheit, die diesen Umstand noch nicht vollständig verstanden hat. Das Recht sollte bei diesem Thema vorangestellt werden, Respekt reicht nicht aus.

Dr. David García Nuñez (AL): Es fällt auf, dass die SVP und die FDP den Fokus auf die Freiwilligenarbeit setzen wollen – für sie sind die Rechte von Minderheiten Sache karitativer Organisationen. Die eigenen Rechte, etwa Steuerrecht und solche bezüglich Privatbesitz, soll der Staat polizeilich verteidigen, während die Grundrechte von trans* Menschen selber, per Bottom-Up-Ansatz, verteidigt werden sollen. Die Fachstelle für Gleichstellung leistet gute Arbeit, ist aber nicht allmächtig. Die Toiletten-Frage bedeutet nicht automatisch hohe Kosten. Die Toiletten-Ordnung lässt sich simplifizieren: Wie im Flugzeug oder im Zug lässt sich die Geschlechtertrennung auch an anderen Orten auf-

heben. Die Aussagen von Elisabeth Schoch (FDP) halte ich für widersprüchlich: Die trans* Menschen sollen ihre Probleme und Bedürfnisse mitteilen, aber die Toiletten- oder die Pass-Frage sei nicht wichtig. Ich arbeitete zehn Jahre lang im Universitätsspital Zürich und setzte mich gegen die binäre Ordnung beim Umgang mit trans* Menschen ein; das gelang mit aber nicht. Seit drei Jahren arbeite ich im Universitätsspital Basel daran und sehe noch keine Fortschritte. Die Begründung des Verwaltungsdirektors ist, dass kein dementsprechender Auftrag besteht und deshalb keine Kosten aufgewendet werden. Mit der Ombudsfrau besprach ich mehrfach Fälle, wie den, als ein Sozialarbeiter eine trans* Frau mit den «Jungs» zur Waldarbeit schicken wollte, damit sie ihre «femininen Ideen vergisst». Der Sozialarbeiter zeigte kein Verständnis und kam nicht von der Idee ab, so dass die Frau schliesslich ihren Wohnkreis wechseln musste. Zu glauben, dass Gender binär ist, kann man mit dem Glauben an die flache Erde vergleichen. Biologen, Genetiker und Psychologen bestätigen, dass es nicht nur zwei Geschlechter gibt. Es geht um Menschenrechte und heute gewinnen die trans* Menschen mit uns allen.

Roger Bartholdi (SVP): Wir hörten immer wieder von der Gleichstellung – von gleichmachen, gleichsetzen. Dabei sollte es um Vielfalt und Diversity gehen. Wir sollten akzeptieren, dass es andere gibt, statt diese gleich machen zu wollen. Wir sind uns alle einig, dass andere Menschen nicht diskriminiert und gemobbt werden sollen. Hierbei handelt es sich primär um eine Kultur- und Gesellschaftsfrage: Es braucht Sensibilisierung, Gesetze helfen dabei nicht. Die Fachstelle für Gleichstellung funktioniert entsprechend den anderen Voten nicht, denn sonst sollte das Postulat aus ihrer Sicht überflüssig sein, da sie sich seit Jahren mit dieser Thematik beschäftigt. Logischerweise haben Züge und Flugzeuge den geringen Platzverhältnissen entsprechend nur jeweils eine Toilette. Bei meinem Arbeitgeber wurde nach einer Lösung gesucht. Die beste Lösung bedeutet aber nicht, dass trans* Personen wie solche mit Beeinträchtigung behandelt werden: Wir suchten die beste Lösung für die betroffenen Personen. Die gleiche Lösung funktioniert nicht an allen Orten, es braucht auch eine Vielfalt an Lösungen – Einzelkabinen und Toi-Toi-WCs stellen nicht eine ideale Lösung dar. Verbesserungsvorschläge sollten im Alltag und vor Ort eingebracht werden. Anhand der Toilettenproblematik zeigt sich die Komplexität bei den verschiedenen Fragestellungen, so gehen auch die Meinungen der direkt Betroffenen weit auseinander – nicht jede Lösung funktioniert überall und für alle gleich.

Das Postulat wird mit 79 gegen 17 Stimmen (bei 19 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat